

Brüssel Aktuell 41/2015

13. bis 20. November 2015

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

TTIP: Neuer Vorschlag zum Investorenschutz

Am 12. November stellte die Europäische Kommission einen offiziellen [Textvorschlag](#) (in englischer Sprache) zum Investorenschutz im Zusammenhang mit dem internationalen Handelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA (zuletzt Brüssel Aktuell 38/2014) vor. Der Text entspricht im Wesentlichen den Positionen und Begriffen, welche die Kommission im Rahmen der Auswertung der Konsultation zu den Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismen (ISDS) durchgeführt hatte...

Elektronische Zahlungsdienste: Richtlinie durch Rat der EU angenommen

Am 16. November nahm der Rat der Europäischen Union eine [Richtlinie](#) über Zahlungsdienste (Karten-, Internet-, und mobile Zahlungen) im Binnenmarkt an (siehe Brüssel Aktuell 5/2014). Diese Vorschrift umfasst Regelungen zur Transparenz der Vertragsbedingungen für am Zahlungsvorgang beteiligte Parteien und klärt über deren jeweilige Rechte und Pflichten auf. Der Rechtsrahmen muss durch die EU-Mitgliedstaaten innerhalb von zwei Jahren umgesetzt werden und gilt u. a. für regionale und lokale Gebietskörperschaften...

TTIP: Intergroup diskutiert Negativlistenansatz

Die stellvertretende Vorsitzende der Intergroup „public services“ des EU-Parlaments, Monika Vana (GRÜNE/FEA, AT) diskutierte am 17. November mit Harrie Temmink von der Generaldirektion Binnenmarkt der EU-Kommission und anderen Experten zum Thema Daseinsvorsorge. Kernthema waren die Gefahren, die internationale Abkommen wie TTIP, TiSA und CETA für öffentliche Dienstleistungen darstellen können...

Umwelt, Energie und Verkehr

Erneuerbare Energien: EU-Kommission startet Konsultation

Am 18. November startete die EU-Kommission eine öffentliche [Konsultation](#) zur Novelle der Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen [2009/28/EG](#) für den Zeitraum nach 2020. Die Überarbeitung der Richtlinie ist Teil des Erneuerbare-Energien-Paketes im Rahmen der [Strategie](#) für die Energieunion (vgl. Brüssel Aktuell 40/2015). Die Konsultation soll Stellungnahmen für die zukünftige Ausrichtung und Ausgestaltung der EU-Politik im Bereich der erneuerbaren Energien festlegen und wird im Rahmen der [Folgenabschätzung](#) berücksichtigt werden...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Breitbandausbau: Stärkung des ländlichen Raums

Die EU-Kommission organisierte am 17. November ein Expertentreffen zur europäischen [Breitbandstrategie 2020](#) (siehe Brüssel Aktuell 32/2015). EU-Kommissar Günther H. Oettinger (DE) betonte, dass die Verbesserung der Anschlussmöglichkeiten im ländlichen Raum eine der Prioritäten sei. Nur ein Viertel der dortigen Bevölkerung hat einen Anschluss mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von mindestens 30

Mbit/s. Ziel sei es, dass jeder Europäer bis zum Jahr 2020 über eine solche NGA-Übertragungsgeschwindigkeit verfüge (vgl. Brüssel Aktuell 25/2015). Zudem soll bis zum Jahr 2020 jeder zweite Haushalt mindestens 100 Mbit/s beziehen...

Konsultation zu Infrastrukturinvestitionen: AdR und OECD präsentieren Ergebnisse

Der Ausschuss der Regionen (AdR) und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) stellten am 10. November in Brüssel die Ergebnisse einer [Konsultation](#) zum Thema Infrastrukturinvestitionen vor (siehe Brüssel Aktuell 17/2015). Insgesamt 44 % der lokalen Behörden gaben an, ihre Infrastrukturinvestitionen seit 2010 gesenkt zu haben...

Innovative Maßnahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung: Details zum ersten Aufruf

Am 4. November hat die EU-Kommission weitere Details zum Programm „Innovative Maßnahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung“ nach Art. 8 der EFRE-Verordnung [1301/2013/EU](#) (zuletzt Brüssel Aktuell 22/2015) [veröffentlicht](#). Die vier Themen für den ersten Aufruf, der noch in diesem Jahr erfolgen soll, sind Energieübertragung, Armut in Städten, Investitionen in Verbindung mit Migration und Flüchtlingen sowie Arbeitsplätze und Fertigkeiten in der örtlichen Wirtschaft...

Soziales, Bildung und Kultur

Flüchtlingspolitik I: EU-Mitgliedstaaten kommen nur langsam Vereinbarungen nach

Im Rahmen des informellen Treffens der Staats- und Regierungschefs am 12. November stellte der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker (LU) die jüngsten Entwicklungen bei der Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda vor. Demzufolge lagen die EU-Mitgliedstaaten bei der Erfüllung ihrer eigenen Vereinbarungen weit zurück. Die am 17. November aktualisierten Zahlen werden im vorliegenden Artikel näher vorgestellt (vgl. hierzu Brüssel Aktuell 37/2015)...

Flüchtlingspolitik II: Regierungsvertreter ziehen Konsequenzen aus Status quo

Am 9. November [einigten](#) sich die Justiz- und Innenminister auf verschiedene weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise. Sie sollen zur vollständigen Umsetzung der bereits im Europäischen Rat bzw. im Rat der EU getroffenen Vereinbarungen beitragen (siehe Brüssel Aktuell 37/2015) und dadurch möglichst das Funktionieren des Schengen-Raums sicherstellen sowie den Migrationsdruck mindern. Mit Wegen, die Umsetzung zu beschleunigen, befassten sich am 12. November auch die Staats- und Regierungschefs im Rahmen einer [informellen Tagung](#) im Anschluss an den Valletta-Gipfel. Der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, warnte, dass derzeit die Zukunft des Schengenraums auf dem Spiel stehe...

Vereinbarkeit von Familie und Beruf I: EU-Kommission hört Sozialpartner an

Am 11. November startete die EU-Kommission gemäß Art. 154 AEUV eine erste [Anhörung](#) der Sozialpartner im Hinblick auf eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für erwerbstätige Eltern und pflegende Angehörige. Noch immer bestehen in vielen Mitgliedstaaten beträchtliche Hindernisse für den Eintritt von Frauen in den Arbeitsmarkt, ihre Vollzeitbeschäftigung und ihren beruflichen Aufstieg. Dies könnte durch Urlaubsregelungen, flexible Arbeitszeitmodelle, Regelungen für Kinderbetreuung oder die Beseitigung negativer steuerlicher Anreize verbessert werden...

Vereinbarkeit von Familie und Beruf II: EU-Kommission startet Konsultation

Am 18. November startete die EU-Kommission eine [öffentliche Konsultation](#), mittels welcher sie mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie („Work-Life-Balance“) für erwerbstätige Eltern und pflegende Angehörige ableiten möchte (vgl. diese Brüssel Aktuell-Ausgabe). Die Stellungnahmen können bis zum 17. Februar 2016 eingereicht werden. Die Kommission wird diese anschließend in ihrer Initiative für eine verbesserte „Work-Life-Balance“ einfließen lassen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

EU-Wahlrechtsreform: Vorschläge des Europäischen Parlaments

Am 11. November beschloss das Europäische Parlament das derzeitige [Wahlrecht](#) umfassend zu reformieren (siehe Brüssel Aktuell 7/2014). Im Kern sollen die unterschiedlichen Wahlverfahren der einzelnen EU-Mitgliedstaaten für die Wahl des Europäischen Parlaments angeglichen werden. So soll z. B. das Mindestwahlalter einheitlich auf 16 Jahre festgelegt werden

Förderprogramme

Horizont 2020: „Smart Cities“-Aufrufe

Am 6. November fand eine [Veranstaltung](#) der EU-Kommission zu den vier „Smart-Cities“-Aufrufen für die Jahre 2016-2017 im Rahmen des Förderprogramms Horizont 2020 (vgl. Brüssel Aktuell 37/2015 und 34/2015) statt. Das Gesamtbudget der Aufrufe beträgt rund 131,5 Mio. €. Bis zum 8. März 2016 können die ersten Vorschläge eingereicht werden.